

## EU-Frauenquote – jetzt in Deutschland handeln

### Berlin, 17.09.2010

„Die Drohung von EU-Kommissarin Viviane Reding mit einer EU-weiten gesetzlichen Frauenquote ist das richtige Signal. Die Zeit ist reif für Frauen in Führungspositionen. Wir brauchen verbindliche Maßnahmen“, erklärt Maria Böhmer, Vorsitzende der Frauen Union der CDU.

„Die Frauen Union der CDU fordert für Deutschland gesetzliche Regelungen, um zu mehr Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft zu kommen. Wenn die Wirtschaft jetzt nicht konsequent und nachweisbar aktiv wird, muss die Politik handeln. Dabei sollten wir eigene Maßstäbe setzen und uns nicht von der EU das Heft des Handels aus der Hand nehmen lassen“, betont Maria Böhmer. Die Frauen Union will den Frauenanteil in Aufsichtsräten zeitnah auf einen Mindestanteil von einem Drittel erhöhen. Ziel ist, dass beide Geschlechter mit mindestens 40 Prozent in Aufsichtsräten vertreten sind.

Maria Böhmer: „Die Wirtschaft muss jetzt mehr weibliche Führungskräfte zum Zuge kommen lassen. Die Uhr tickt. Die Frauen wollen nicht weitere 10 Jahre warten, um endlich ihrer Qualifikation gemäß in Führungspositionen zu gelangen. In der Politik hat sich seit Einführung der verschiedenen Quoten- und Quorumsregelungen in den Parteien viel getan. Die Abgeordneten im Deutschen Bundestag sind heute zu einem Drittel weiblich. Noch bis in die 80er Jahre hinein wurde nicht einmal ein Anteil von einem Zehntel Frauen erreicht!“

*www.frauenunion.de → FU Newsletter*

#### **Situation in Bergisch Gladbach (Stand 27.09.2010):**

Nach der "Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten" im Ortsrecht ist die Stadt Bergisch Gladbach in 5 Aufsichtsräten vertreten:

Bädergesellschaft (7 Männer), Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe (2 Frauen, 1 Mann), Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft (2 Frauen, 3 Männer), Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg (1 Mann) und Stadtverkehrsgesellschaft (1 Frau, 6 Männer).

Demnach ergibt sich ein Frauenanteil in den Aufsichtsräten von knapp 22%. Die Stadt Bergisch Gladbach ist also noch ein ganzes Stück von den geforderten 40% entfernt. Erstrebenswert wäre es darüber hinaus auch, die Gesellschafterversammlungen zu berücksichtigen.

### **Die berufliche Chancengleichheit von Frauen**

„Die Doppelbelastung von Familie und Beruf stellt für Frauen nach wie vor die entscheidende Karrierebremse dar. Jede Zweite hat aus diesem Grund mindestens einmal ihre Karrierewünsche aufgegeben oder ändern müssen.“ Dies ergab eine repräsentative Umfrage von TNS Emnid für die Bertelsmann Stiftung. Zu den weiteren Ergebnissen wurde mitgeteilt: „Mangelnde Förderung am Arbeitsplatz oder unzureichende berufliche Qualifikation nannte hingegen nur jede vierte Frau als Karrierehindernis. 60 Prozent von ihnen halten eine Frauenquote in den Betrieben für sinnvoll. Zwei Drittel der Bundesbürger sind überzeugt davon, dass es um die berufliche Chancengleichheit von Frau und Mann schlecht bestellt ist. Fast 90 Prozent von ihnen sehen Frauen an erster Stelle durch Familie und Beruf benachteiligt. Mehr als zwei Drittel (71 %) glauben zudem, dass männliche Führungskräfte Frauen ausgrenzen. Die oft behauptete mangelnde Durchsetzungsfähigkeit von Frauen scheint dagegen kein Thema zu sein: 80 Prozent der Befragten halten sie für genauso durchsetzungsstark und 60 Prozent sogar für gleichermaßen machtbewusst wie Männer. Bei der Beurteilung der beruflichen Chancen von Frauen gibt es große Unterschiede zwischen den Generationen. Während dreiviertel der 50 bis 60-Jährigen nicht glauben, dass in Deutschland Frauen und Männer die gleichen Chancen haben, Karriere zu machen, sehen dies junge Menschen deutlich optimistischer: Für fast die Hälfte der 16-29-Jährigen sind die beruflichen Möglichkeiten zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt.“  
(fpd 01.10.10)

LA Gazette 4/2010

#### **Situation in Bergisch Gladbach:**

Beratungsgespräche im Frauenbüro/Gleichstellungsstelle unterstreichen die Ergebnisse der repräsentativen Untersuchung.

Die Koordinationsstelle hat sich zum Ziel gesetzt, in den kommenden Jahren gemeinsam den Anteil männlicher Fachkräfte in Kitas spürbar zu steigern. Sie wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert und ist an die Katholische Hochschule für Sozialwesen in Berlin angegliedert. Weitere Infos und das Programm zur ersten Fachtagung am 25.10.10 sind zu finden unter

[www.koordinaton-maennerinkitas.de](http://www.koordinaton-maennerinkitas.de)

(Newsletter FUMA)

LA Gazette 4/2010

### **Situation in Bergisch Gladbach:**

Vergleichbare Aktivitäten finden im Rheinisch-Bergischen Kreis nicht statt.

### **Bertelsmann-Umfrage**

## **Frauenquote: Über 50 Prozent der Bevölkerung stimmt dafür**

**zwd Gütersloh (nk).** Nach einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung plädiert 60 Prozent der weiblichen Bevölkerung für eine Frauenquote in der Wirtschaft. Bei den Männern sind es immerhin 41 Prozent. Die Erhebung der Stiftung ergab überdies, dass nur ein Drittel der Befragten die berufliche Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern in Deutschland gewährleistet sieht. Der Grund für die Benachteiligung von Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft liegt nach Ansicht der meisten Befragten (87%) primär in der Doppelbelastung durch Beruf und Familie.

Mehr als zwei Drittel glauben zudem, dass männliche Führungskräfte Frauen ausgrenzen. Die oft behauptete mangelnde Durchsetzungsfähigkeit von Frauen im Job scheint dagegen kein Thema zu sein. 80 Prozent der Befragten halten diese

für genauso durchsetzungsstark und 60 Prozent sogar für gleichermaßen machtbewusst wie Männer.

### **Frauenpolitikerinnen fühlen sich in ihrer Arbeit ermutigt**

Nach Ansicht der frauenpolitischen Sprecherin der Grünen, Astrid Rothe-Beinlich, bestätigt die Studie, dass das Bestreben der Frauenpolitikerinnen nach einer verbindlichen Quote keine Minderheiten-Meinung ist, sondern einen breiten gesellschaftlichen Zuspruch hinter sich weiß.

Die Vorsitzende der Frauengruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rita Pawelski, bekräftigte, dass es vor allem bei der Entwicklung des Vorstandspersonals deutlichen Nachholbedarf geben. Dafür habe die Bevölkerung ein sensibles Gespür, kommentierte Pawelski die Umfrage.

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Nr. 282, zur Frauenquote -  
Ullrich mit Politik

### **Situation in Bergisch Gladbach:**

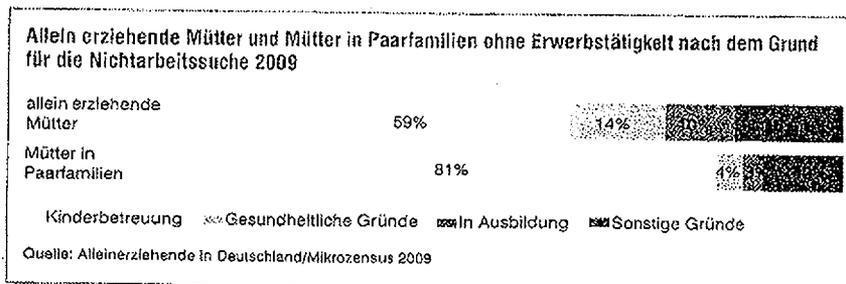
s. Plan zur Chancengleichheit 2011-2013

# Alleinerziehende Mütter mit Kleinkindern Hartz IV-Bezug wegen fehlender Kinderbetreuung

zwd Berlin (nk). Rund 40 Prozent der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern beziehen Hartz IV. Im Vergleich dazu sind nur knapp neun Prozent der Paare mit Kindern vom Staat abhängig. Viele der allein erziehenden Mütter würden gerne arbeiten, finden aber keine Betreuung für ihre Kinder.

Der Mikrozensus 2009 „Alleinerziehende in Deutschland“, vorgestellt am 29. Juli in Berlin, macht deutlich, dass es gerade für Mütter mit Kleinkindern und ohne festen Partner sehr schwierig ist, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen: Während

prekäre Situation vieler allein erziehender berufstätiger Mütter in Westdeutschland sei das mangelnde Angebot an Betreuungsplätzen. So ist der überwiegende Teil der allein erziehenden Mütter lediglich in einer Teilzeitbeschäftigung tätig, weil sie



2009 knapp drei Viertel (73%) der allein erziehenden Mütter mit jüngstem Kind im Alter von 15 bis 17 Jahren aktiv erwerbstätig waren, lag ihre Erwerbsbeteiligung lediglich bei 23 Prozent, wenn sie Kinder im Krippenalter von unter drei Jahren hatten.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler, betonte, dass rund 31 Prozent aller allein erziehenden Mütter mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1.100 Euro auskommen müssen. Davon seien gerade Mütter mit Kleinkindern unter drei Jahren betroffen. Mehr als die Hälfte von ihnen – nämlich 54 Prozent – hätten nur ein Einkommen unter 1.100 Euro, erklärte Egeler. Der Hauptgrund für die

Kinder oder pflegebedürftige Personen betreuen. Nur jede fünfte arbeitet in Teilzeit, weil sie keine Vollzeitstelle finden konnte, heißt es im Mikrozensus.

Bei den Vätern ist die Situation anders. Da die meisten Männer ältere Kinder im Alter von zehn bis 17 Jahren betreuen, schränkt das mangelnde Kinderbetreuungsangebot sie seltener in ihrer Berufstätigkeit ein. Zudem ist Alleinerziehen auch heute noch Frauensache. Meistens ist das Oberhaupt der 1,4 Millionen Einelternfamilien weiblich (90 %). Der Anteil der allein erziehenden Väter ging sogar seit 1996 von 13 auf zehn Prozent zurück, obwohl die Gesamtzahl der allein erziehenden Familien im selben Zeitraum um 20 Prozent anstieg.

Mehr unter:  
[www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)

*NG 282/10*, zwd Frauen.Gesellschaft und Politik

## Situation in Bergisch Gladbach:

Es ist beabsichtigt, Herrn Schulte, Geschäftsführer der K-A-S Rhein-Berg in eine der nächsten Sitzungen zum Thema „Hartz IV und Alleinerziehende“ einzuladen.

#### Neues Gesetz gegen Zwangsheirat erwartet

#### TERRE DES FEMMES warnt vor Verschlechterung des ehedependen Aufenthaltsrechts

Im Herbst 2010 soll ein Gesetzespaket gegen Zwangsverheiratung verabschiedet werden. TERRE DES FEMMES begrüßt die von der Bundesregierung geplanten Änderungen zur Zwangsverheiratung, befürchtet allerdings, dass es im Gegenzug zu einer gravierenden Verschlechterung beim eigenständigen Aufenthaltsrecht für nachgezogene Ehegatten kommen wird. Der Koalitionsvertrag enthält beide Ankündigungen: Eine Strafnorm gegen Zwangsverheiratung und die Verlängerung der Ehebestandszeit von zwei Jahren auf drei Jahre zur Erreichung eines eigenständigen Aufenthaltstitels zu prüfen. Aus einer Stellungnahme der Bundesregierung vom März geht hervor, dass Verbesserungen im Aufenthaltsrecht bei der Rückkehr in Fällen von Heiratsverschleppung und zivilrechtliche Besserstellung von Betroffenen geplant sind. Laut Bundesregierung sollen so Zwangsheiraten bekämpft und gleichzeitig Scheinehen verhindert werden. „Ein wahrer Kuhhandel“, so Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin von TERRE DES FEMMES, „bleiben doch jetzt schon viele nachgezogenen Frauen aus Angst vor einer Abschiebung in einer ungewollten und gewalttätigen Ehe.“ Eine im jetzigen Gesetz enthaltene Härtefallregelung soll dies zwar verhindern, doch die Praxis zeigt, dass Betroffene die erlebte Gewalt oder eine Zwangsverheiratung schwer beweisen können. In vielen Fällen werden die Beweise und Beteuerungen der Betroffenen vor Gericht angezweifelt. TERRE DES FEMMES fordert deshalb die Umsetzung der geplanten Verbesserungen zur Zwangsverheiratung sowie die Abschaffung des eheabhängigen Aufenthaltes und ein eigenständiges Aufenthaltsrecht von EhepartnerInnen ab dem Zeitpunkt der Eheschließung. „Alles andere wäre Augenwischerei und eine Politik zu Lasten von MigrantInnen“, so Irmgard Schewe-Gerigk, Vorstandsvorsitzende von TERRE DES FEMMES. Eine Stellungnahme zu dem geplanten Gesetzespaket finden Sie unter: [http://frauenrechte.de/online/index.php?option=com\\_content&view=category&layout=blog&id=153&Itemid=214](http://frauenrechte.de/online/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=153&Itemid=214)

BAG Rhein-Frauenkreis,  
Newsletter Okt. 2010

#### Situation in Bergisch Gladbach:

Im Sommer 2010 wurde den Schulen ein Informationspaket zum Umgang von Lehrerinnen und Lehrern im Falle von Zwangsheirat angeboten. Aufgrund konkreter Fälle riefen 3 Schulen das Infopaket ab. Es ist allerdings von einer wesentlich höheren Dunkelziffer auszugehen.

## Studien zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine aktuelle Befragung im Auftrag des Bundesfamilienministeriums belegt, dass Beschäftigte familienfreundliche Arbeitszeiten als entscheidenden Faktor für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie empfinden. Die Hans-Böckler-Stiftung hat dazu selbst zahlreiche Forschungsprojekte angestellt oder gefördert. Sie zeigen, dass das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf zwar in Politik und Wirtschaft "angekommen" ist. Doch gleichzeitig wandelt sich die Arbeitswelt rasant, Mütter und Väter haben zunehmend flexible Arbeitszeiten und mobile Arbeitsorte, die Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit verschwimmen. Das Personalmanagement in den Betrieben und die öffentliche Infrastruktur hinken diesen Entwicklungen noch deutlich hinterher. Einen Überblick über nach wie vor aktuelle Befunde aus Forschungsprojekten der vergangenen Jahre liefert Ihnen die folgende Link-Liste. Sie führt zu Pressemitteilungen bzw. kurzen Artikeln aus dem Infodienst Böckler Impuls:

„Die Situation von Familien in Berufen mit hoch flexiblen Arbeitszeiten beleuchtet eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und der TU Chemnitz:  
[http://www.boeckler.de/320\\_95693.html](http://www.boeckler.de/320_95693.html)

„Die Arbeitszeiten von Müttern und Vätern sind stark polarisiert und lassen nur wenig Chancen für eine moderne Balance von Beruf und Familie. Zwischen Zeitnot und Karriereverzicht müssen vor allem Mütter entscheiden, zeigt eine Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung:  
[http://www.boeckler.de/32014\\_90237.html](http://www.boeckler.de/32014_90237.html)

„Eckpunkte für ein familienfreundliches, modernes Arbeitszeitkonzept skizzieren die Forscherinnen Dr. Christina Klenner (WSI) und Svenja Pfahl  
[http://www.boeckler.de/32014\\_92689.html](http://www.boeckler.de/32014_92689.html)

„Planbare Arbeitszeiten und ein gutes Betriebsklima - das sind für Beschäftigte die wichtigsten Faktoren, um Beruf und Familie gut miteinander zu vereinbaren. Flexible Arbeitszeitmodelle dagegen haben weniger Einfluss. als angenommen, zeigt eine Auswertung des WSI:  
[http://www.boeckler.de/32014\\_89442.html](http://www.boeckler.de/32014_89442.html)

„Arbeitnehmervertretungen sorgen für eine familienfreundliche Personalpolitik. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung von John S. Heywood und Uwe Jirjahn, Ökonome-Professoren an der Universität Wisconsin-Milwaukee beziehungsweise Trier:  
[http://www.boeckler.de/32014\\_106943.html](http://www.boeckler.de/32014_106943.html)

„Führungskräfte mit Teilzeitstellen sind nach wie vor sehr selten. Woran das liegt, hat Angelika Koch, Professorin an der Universität Duisburg-Essen untersucht: [http://www.boeckler.de/32014\\_94266.html](http://www.boeckler.de/32014_94266.html)

„Allmählich steigt die Zahl der Väter, die für ihre Kinder eine berufliche Auszeit nehmen - vor allem seit Einführung des Elterngeldes:  
[http://www.boeckler.de/32014\\_99821.html](http://www.boeckler.de/32014_99821.html)

BAG Komm. Fremdenküras,  
Neuzelle 081-2010

## Situation in Bergisch Gladbach:

Zur Situation der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach wird auf den Plan zur Chancengleichheit 2011-2013 verwiesen.

Monika Schröttle

# Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft

## Ergebnisse und widerlegte Vorurteile aus Studien

Die im Juni 2010 vorgelegte Studie der Autorin mit dem Titel „Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften“<sup>1</sup>, kommt zu dem Ergebnis: Frauen werden keineswegs nur in sozialen Brennpunkten von ihrem männlichen Partner geschlagen, vergewaltigt, beschimpft oder gedemütigt. Auch in mittleren und hohen Bildungs- und Sozial-schichten werden sie in einem gleich hohen Maß Opfer auch von schwerer Gewalt, was bislang weitgehend unsichtbar blieb.

Für die Studie wurden die Fälle von 2143 Frauen untersucht, die mindestens einen körperlichen und/oder sexuellen Übergriff durch einen männlichen Partner erlebt haben. Mehr als ein Drittel dieser Frauen wurde dabei sogar sehr schwer bis lebensbedrohlich misshandelt (Verprügeln, Zusammenschlagen, Würgen, Verbrühen, Bedrohung oder Verletzung mit einer Waffe, Vergewaltigung). Die Studie resümiert unter anderem:

- ▶ Trennung oder Scheidung erhöhen deutlich die Gefahr für die Frau, Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt durch den Partner zu werden. Frauen in dieser Situation benötigen daher gezielte Unterstützung.
- ▶ Die Androhung von Gewalt durch den Mann ist ernst zu nehmen, da die Drohung sehr häufig in die Tat

umgesetzt wird.

- ▶ In fast zwei Dritteln der Fälle ist schwerste Gewalt gegen Frauen mit einem erhöhten Alkoholkonsum des Täters verbunden. Bei einem Drittel spielt Alkohol dagegen keine Rolle.
- ▶ Frauen unter 35 Jahren werden häufiger und stärker misshandelt, wenn beide Partner in einer schwierigen sozialen Lage sind, weil beide entweder über kein Einkommen, keine reguläre Erwerbsarbeit oder über keine Schul- und Berufsausbildung verfügen.
- ▶ Frauen über 45 Jahre sind häufiger dann von Gewalt betroffen, wenn sie über eine höhere Bildung verfügen oder wenn sie bei Bildung, Beruf und Einkommen dem Partner gleichwertig oder überlegen sind und damit traditionelle Geschlechterrollen in Frage stellen.

### Opfer und Täter aus allen Schichten

Ganz ähnlich sind die Ergebnisse auf Seiten der Täter. Nur drei Prozent der Männer, die ihre Frau schwer misshandeln, haben weder einen Schul-, noch Ausbildungsabschluss. 52 Prozent der Täter verfügen über niedrige und mittlere Abschlüsse und 37 Prozent über die höchsten Bildungs- und Ausbildungsgrade. Männer, die in ihrer aktuellen Beziehung schwere körperliche, sexuelle und psychische Gewalt ausüben, sind zudem mehrheitlich berufstätig und nicht von Sozial-

leistungen abhängig. Rund zwei Drittel von ihnen leben mit ihren Partnerinnen in Haushalten mit mittlerem oder gehobenem Einkommen.

Darüber hinaus hat die große Mehrheit der Männer und Frauen in Gewaltbeziehungen keinen Migrationshintergrund. Gewalt, auch schwere Gewalt in Paarbeziehungen ist, wie die Untersuchung zeigt, nicht ein Problem sozialer Randgruppen, sondern findet bislang weitgehend unbemerkt in der Mitte der Gesellschaft statt.

### Häusliche Gewalt ist kein MigrantInnenproblem

In der Sekundäranalyse „Gesundheit Gewalt – Migration“<sup>2</sup> wird festgestellt: In der gesellschaftlichen Diskussion der letzten Jahre wurde häusliche Gewalt einseitig zu einem MigrantInnenproblem (gemacht).

Zugleich werden Migrationsprobleme oftmals auf Gewalt reduziert. Folgende gedankliche Verknüpfungen befördern dabei Vorurteile:

- ▶ Männer mit türkischem Migrationshintergrund werden quasi automatisch als Täter gesehen.
- ▶ Frauen mit türkischem Migrationshintergrund werden weitgehend als Opfer wahrgenommen.
- ▶ Deutsche Paarbeziehungen werden als modern und gewaltfrei bewertet, türkische Paarbeziehungen im Gegensatz dazu als traditionell und gewaltbelastet.
- ▶ Häusliche Gewalt wird zu einem Randgruppenproblem (gemacht).

Folgende Differenzierungen sind jedoch notwendig:

- ▶ Die Mehrheit der Migrantinnen erlebt keine Gewalt
- ▶ Die Mehrheit der schweren Gewalttäter/gewaltbetroffenen Frauen in Paarbeziehungen in Deutschland haben keinen Migrationshintergrund

▶ Die Problemsituation eines Teils der MigrantInnen ist geprägt von:

- ▶ Gewaltsituation in Familie/ Partnerschaft
- ▶ schwieriger sozialer/beruflicher Situation
- ▶ offener und verdeckter Diskriminierung
- ▶ schwieriger Gesundheits-situation.

Es handelt sich somit um ein Problembündel, bei dem nicht nur die Täterschaft von männlichen Migranten, sondern auch gesellschaftlich-politische Rahmenbedingungen relevant sind.

1 BMFSJ (Hrsg.), Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen, eine sekundäranalytische Auswertung zur Differenzierung von Schweregraden, Mustern, Risikofaktoren und Unterstützung nach erlebter Gewalt, Berlin, 2009

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/audi-download,did=120792.html>

Die Untersuchung basiert auf der repräsentativen Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“, die 2004 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt wurde. Für die Studie waren mehr als 10.000 Frauen befragt worden.

2 BMFSFJ (Hrsg.), Gesundheit ... Gewalt ... Migration. Eine vergleichende Sekundäranalyse zur gesundheitlichen und Gewaltsituation von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland, Berlin 2008



Dr. Manika Schrötle ist Sozialwissenschaftlerin und Politologin und seit 2002 Projektleiterin am Interdisziplinären Zentrum für Frauen und Geschlechterforschung (IZFG) der Universität Bielefeld. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Frauen und Geschlechterforschung, soziale Ungleichheiten, Migration und interdisziplinäre Gewaltforschung, [www.uni-bielefeld.de/IZFG](http://www.uni-bielefeld.de/IZFG)

pro familia Margerin  
01/2010

## Medienkoffer "Frauen und Männer - Gleich geht's weiter" bringt Schwung in den Unterricht



Die Inhalte von 'Frauen und Männer - Gleich geht's weiter' regen zur Diskussion im Unterricht an. 

Lehrerinnen und Lehrer der 9. bis 12. Klasse können ihren Unterricht beim Thema Gleichstellung von nun an noch bunter und lockerer gestalten. Dabei hilft ihnen der neue Medienkoffer "Frauen und Männer - Gleich geht's weiter" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Er enthält zahlreiche Unterrichtsmaterialien wie Filmclips, Tipps für Rollenspiele und Postkarten mit lustigen Motiven als Diskussionsanstoß.

Hauptbestandteil des Medienkoffers ist die DVD "Frauen und Männer - Gleich geht's weiter". Der Film besteht aus insgesamt aus fünf Clips zum Thema Gleichstellung. Außerdem enthält der Medienkoffer eine Broschüre mit Tipps zur Auflockerung des Unterrichts. Abgerundet wird der Medienkoffer durch eine CD-Rom, auf der unter anderem Gesetze wie das Elterngeldgesetz jugendgerecht erklärt werden.

Der Medienkoffer kann kostenfrei bei den Landesfilm- bzw. Landesmediendiensten der einzelnen Bundesländer ausgeliehen werden. Darüber hinaus stehen Film und Begleitbroschüre dort kostenfrei zum Download zur Verfügung.

### **Situation in Bergisch Gladbach**

Die Information wurde den weiterführenden Schulen zur Verfügung gestellt.